

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor einer diplomatischen Aktion.

Rom, 28. April. (Agenzia Stefani.) In der gestrigen Sitzung des Ministerrats berichtete Ministerpräsident Mussolini über die Lage im Ruhrgebiet und sprach über die Möglichkeit einer deutschen Aktion hervorzuheben könnte.

Paris, 28. April. (G.E.) Der römische Korrespondent des „Clair“ bemerkt zu der amtlichen Mitteilung, wonach die deutsche Note eventuell eine umfassende diplomatische Aktion auslösen könnte, diese Note sei bereits in Rom übergeben worden. Es handele sich um eine Note mit Vorschlägen, die auch in den letzten Tagen den Mächten übergeben sei und Dienstag veröffentlicht werden würde.

Ministerkonferenz in Berlin.

Der Reichskanzler hat die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder für Montag nachmittag 3 Uhr zu einer Aussprache über die politische Lage nach Berlin gebeten. Bis zur Stunde ist noch unbestimmt, wann der Empfang der Parteiführer stattfinden wird. Die letzten Vorarbeiten für das Deutsche Angebot sind noch nicht endgültig abgeschlossen.

Will Frankreich nicht verhandeln?

„Erst Aufgabe des Widerstandes!“

Paris, 28. April. (W.T.B.) Der „Temps“ bestätigt in seinem Leitartikel die gestrige Erklärung des „Matin“, daß die französische Regierung entschlossen sei, die Zurückziehung der im Sinne des passiven Widerstandes ergangenen deutschen Maßnahmen und Verordnungen usw. zu verlangen, bevor sie sich in Verhandlungen einlasse. Das Blatt schreibt: Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die französische Regierung nicht auf ihre Auffassung verzichten wird. Sie wird kein deutsches Angebot in Betracht ziehen, solange der passive Widerstand andauert. Die Vertreter Frankreichs in den auswärtigen Hauptstädten werden davon unterrichtet werden. Wie man sieht, fordert Frankreich die Einstellung des passiven Widerstandes, nicht die Wiederherstellung des im Rheinland und Ruhrgebiet vor dem 11. Januar herrschenden Zustandes, was eine unglückliche Formel wäre, denn in diesen Zustand wären Dinge eingebegriffen, für deren Wiederherstellung die Alliierten keinerlei Interesse hätten. Was aber die Alliierten wollen und wozu sie berechtigt sind, was Frankreich fordern wird, das ist der offizielle vorherige völlige Verzicht auf jenes System des angeblich passiven Widerstandes, der die Brennstofflieferungen, die Erhebung der Zölle und Abgaben, den Eisenbahnbetrieb usw. verhindern sollte, der alle Angebote illusorisch und alle Verhandlungen unmöglich macht, indem er die erbitterte Feindseligkeit auf der deutschen Seite zeigt.

Was der „Temps“ sagt, heißt nichts anderes, als daß Frankreich überhaupt keine Verhandlungen will. Oder, genauer ausgedrückt: weil die gegenwärtige französische Regierung nicht den Mut hat, eine Lösung des Konflikts auf realpolitischem Boden zu suchen, knüpft sie ihre Verhandlungsbereitschaft an unmögliche Voraussetzungen. Selbst wenn die deutsche Regierung die Ruhrbevölkerung auf den Knien bitten würde, ihren Widerstand einzustellen, so würde das doch kein anderes Ergebnis haben, als den Entschluß der Bevölkerung, ihren Widerstand fortzusetzen gegen die deutsche und die französische Regierung.

Handelt Poincaré wirklich so, wie der „Temps“ ankündigt, dann ist der Beweis dafür geliefert, daß die gegenwärtige französische Politik ehrliche Lösungen des Konflikts geradezu verabscheut und mit zäher Konsequenz auf Katastrophen hinarbeitet. Deutschland bliebe dann gar nichts anderes übrig, als diese Absichten der Pariser Regierung vor aller Welt klarzustellen, sich seelisch und materiell, so gut es irgend vermag, auf eine längere Dauer des gegenwärtigen ungeklärten und gefährlichen Zustandes vorzubereiten und den französischen Imperialismus, der auf einen lächerlichen inneren Zusammenbruch Deutschlands rechnet, zu enttäuschen.

Poincaré und Millerand.

Paris, 28. April. (G.E.) Jules Sauerwein demontiert heute im „Matin“ alle in der Presse erscheinenden Nachrichten von Meinungsverschiedenheiten zwischen Millerand und Poincaré, die nach der Rede Poincarés in Ber-le-Duc veröffentlicht worden waren. Sauerwein sagt, zwischen beiden bestehe eine langjährige enge Freundschaft und alle Entscheidungen, die das nationale Interesse betreffen, würden von beiden gemeinsam in vollkommener Offenheit und Herzlichkeit geprüft. Das Einverständnis zwischen beiden sei nicht schwer herzustellen. (Was besteht dieses Einverständnis trotz des „Dementi“ nicht! Red.) Millerand sei niemals ein revolutionärer Sozialist gewesen und wenn er auch einmal den reformistischen Sozialisten angehört habe, so habe er doch herzliche Beziehungen zu Poincaré. Es sei eine Befehdung, wenn man behauptet, Poincaré habe einen Pressefeldzug gegen Millerand inszeniert, wobei Sauerwein auf die Artikel des „Figaro“ gegen Millerand anspiele. Sauerwein erklärt sodann, Poincaré sei entschlossen, bis zu den nächsten Wahlen Ministerpräsident zu bleiben.

Abberufung des amerikanischen Konsuls aus Wladiwostok. Das amerikanische Staatsdepartement sandte seinem Konsul in Wladiwostok Anweisungen, die dahin gehen, das Konsulat sofort zu schließen. Damit sind alle offiziellen Beziehungen zwischen Amerika und Rußland eingestellt.

Frankreichs Stellung im Orient.

Eine Warnung an die Türkei.

London, 28. April. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, General Weygand, der seine Reise nach Syrien in Lausanne unterbricht, beabsichtigt in einer vertraulichen Unterredung mit Ismet Pascha diesem die Tatsache vorzuhalten, daß Frankreich entschlossen sei, seine Stellung in Syrien und seine Rechte in der Türkei durch alle Mittel, die notwendig sein können, aufrechtzuerhalten. General Weygands Warnung an die Türkei werde auch durch Laten gestützt werden. Weitere französische und militärische Einheiten seien auf dem Wege nach den Meerengen, während zwei weitere afrikanische Bataillone sich Syrien näherten, wenn sie nicht bereits dort gelandet seien. Diese Truppen stellen jedoch erst die Vorhut größerer Verstärkungen aus den französischen Kolonien dar, die eine gesamte Division umfassen. Dem Berichterstatter zufolge sieht er jetzt durch, daß, als der griechische Außenminister Alexander Poincaré vor kurzem besuchte, er dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß Griechenland bereit sei würde, zur „Verteidigung der Alliierten“ ein Heer von 180 000 Mann zu stellen.

Die Lausanner Konferenz.

Kampf um die Kapitulationen.

Lausanne, 28. April. (W.T.B.) In der 1. Kommission der Orientkonferenz kam gestern zum ersten Male die alte Streitfrage von der ersten Konferenz, die Frage der Kapitulationen, wieder zur Sprache. Einige Alliierte traten hier den Türken entgegen. Sie sind wohl damit einverstanden, daß die Kapitulationen abgeschafft werden und daß bis zu ihrer wirklichen Aufhebung ein Übergangsregime an die Stelle treten soll, während die Türken erklären, daß während des Krieges die Kapitulationen abgeschafft sind und abgeschafft bleiben müssen. Dies müsse klipp und klar in dem Artikel 28 des Friedensvertragsentwurfs, der von den Kapitulationen handelt, zum Ausdruck kommen. Unberührt davon bleiben natürlich die in anderen Artikeln festgelegten Ausnahmebestimmungen für Rußland. Da Alliierte wie Türken auf ihrem Standpunkt beharrten, wurde die Frage schließlich an ein Sachverständigenkomitee überwiesen, das einen Ausweg finden und formulieren soll.

Amerika und das Schiedsgericht.

New York, 27. April. (G.E.) Staatssekretär Hughes hielt gestern vor der amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht eine Rede, in der er erklärte, die Vereinigten Staaten seien entschlossen, Vertreter in den internationalen Haager Schiedsgerichtshof zu entsenden. Soweit menschlich vorzusehen sei, würden durch den Haager Schiedsgerichtshof künftige Kriege vermieden werden. Daburh, daß auch Amerika den Haager Schiedsgerichtshof beschide, werde es das Recht haben, an der Wahl der Richter teilzunehmen und sich damit gegen ein Statut des Gerichtshofes schützen können, das unter Umständen ohne die Zustimmung Amerikas beschloßen würde. Senator Borah hielt gestern ebenfalls eine Rede, in der er die Absicht des Präsidenten Harding, Vertreter in den Haager Schiedsgerichtshof zu entsenden, in schärfster Weise bekämpfte. Er behauptete, der Eintritt in den Haager Schiedsgerichtshof werde den Eintritt in den Völkerbund unumgänglich notwendig machen. Wer andere Anschauungen vertritt, müsse das amerikanische Volk.

Waffenstillstand in Irland.

Dublin, 28. April. (W.T.B.) Das Hauptquartier der irischen Aufständischen hat die Einstellung der Operationen vom 30. April ab angeordnet, hat aber die aufständischen Truppen angewiesen, sich in der Defensive zu halten und angemessene Maßnahmen zu treffen, um sich und ihre Waffen und Munitionsvorräte zu verteidigen. De Valera hat eine besondere Proklamation veröffentlicht, die besagt, daß er zu Unterhandlungen über einen Friedensschluß bereit ist, vorausgesetzt, daß das irische Volk sich selber über die schwebenden Streitfragen aussprechen und daß beide Parteien sich dem nationalen Wahrspruch unterwerfen sollen.

Bonar Law wird mit Genehmigung des Königs auf ärztlichen Rat eine kurze Seereise unternehmen. Er beabsichtigt, noch vor dem Zusammentritt des Parlaments nach den Pfingstferien zurückzukehren. Die Ärzte hoffen, daß er dann wieder den vollen Gebrauch seiner Stimme erlangt haben wird.

Alkohol und Handelspolitik. Die spanische Regierung hat der finnischen Regierung mitgeteilt, daß ihr durch die finnische Alkoholgesetzgebung schwere Schäden entstehen, da die Abnahme spanischer Weine durch Finnland ständig im Sinken sei. Spanien lege sich gegebenenfalls genötigt, seinen Einfuhrbedarf an Holz in anderen Ländern als Finnland zu decken. Wie die „Dups“ dazu erzählt, deckt Spanien rund 14 Proz. seiner Holzimporte in Finnland. Der Ausfall der spanischen Rindfleischindustrie wird also Finnland empfindlich treffen.

Dollar 30 000.

Im offiziellen Devisenverkehr an der Börse war heute das Geschäft ruhig bei fester Grundstimmung. Der Dollar, der vormittags etwas matter lag, stieg wieder auf 30 000. Im Effektenverkehr hält die starke Kursfrage nach Montanwerten und nach Aktien der chemischen, Elektro- und Maschinenindustrie an. Auch verschiedene Kallwerte sind sehr gesucht.

Die Wirtschaftskrise.

Ihre Ursachen und Ueberwindung.

Von A. Steiner-Jullien.

Die deutsche Wirtschaftskrise nimmt katastrophale Formen an. Nach den letzten Zählungen in den deutschen Fachverbänden muß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf drei bis vier Millionen angenommen werden. Nach Polen, Sowjetrußland und Oesterreich tritt nunmehr auch Deutschland in die Reihe der Länder mit entwerteter Währung und chronischer Wirtschaftskrise. Damit ist auch für Deutschland die Begende zerstört, wonach die Entwertung der Währung gleichbedeutend ist mit einem starken Beschäftigungsgrad der Industrie. Denn noch nie ist die Entwertung der Mark so stark und schnell gewesen wie vom Mai 1922 bis Januar 1923. Während derselben Periode hat sich aber auch der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie fortgesetzt verschlechtert, bis er nach der zeitweiligen Stabilisierung der Mark den gegenwärtigen Tiefstand erreicht hat, der aber augenscheinlich noch nicht den tiefsten Punkt darstellt, auf dem die deutsche Wirtschaft verurteilt ist zu verharren, wenn es der Arbeiterschaft nicht gelingt, durch ihre Organisationen dem Unternehmertum und der Regierung eine gründliche Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik aufzuzwingen.

Ueber die Ursachen der Krise braucht man nicht, wie dies wiederholt versucht wurde, neue, für die Nachkriegswirtschaft zugeschnittene Theorien aufzustellen. Die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft sind 1923 die gleichen, die sie 1914 und 1830 waren. Nur das Tempo ändert sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Im Lichte dieser Entwicklung wird es bei näherer Untersuchung offenbar, daß die seit jeher unstrittigen Wirtschaftskrisen immer denselben bestimmenden Faktor zur Ursache haben, welches auch die Nebenumstände sein mögen, die zu ihrer Verschärfung oder Milderung beitragen mögen. Zu den milderen Nebenumständen, mit denen man versucht hat, die Krisen zu beseitigen, gehören die Organisierung der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenunterstützung, der produktiven Erwerbslosenfürsorge usw. Zu den verschärfenden Nebenumständen gehört gegenwärtig die Besetzung des Ruhrgebiets, der unzulässige Versuch der Marktstabilisierung, wie überhaupt alle Folgen der sogenannten Friedensverträge. Das haben zuerst die Neutralen und die Alliierten zu spüren bekommen. Nun ist an uns die Reihe.

Über das sind wie gesagt nur Nebenumstände. Die Wurzel aller Wirtschaftskrisen, die das Kapital vergebens durch Forcierung der Ausfuhr, durch Kartelle, Syndikate und Trusts, durch Schutzpolitik und Kolonialpolitik zu meistern suchte, ist der unproduktive Gewinn. Wenn der erzeugte Mehrwert, die Gewinnrate des Kapitals, größer ist als die Erneuerung und Verbesserung der Produktionsmittel und die Deckung des Verbrauchs der Kapitalbesitzer erfordern, wenn entsprechend die Lohnrate sinkt, so daß die Lohnarbeiter als Verbraucher die von ihnen erzeugte Warenmasse nicht mehr zurückzukaufen imstande sind, dann entsteht ein Mißverhältnis zwischen Verbrauch und Produktion. Dieses Mißverhältnis legt sich praktisch in eine Stodung des Abflusses um, es tritt eine sogenannte Ueberproduktion ein; in Wirklichkeit kann nur von einem Minderverbrauch gesprochen werden.

Einen derartigen Minderverbrauch in ungeheurem, bisher ungelanntem Maße haben wir gegenwärtig in der ganzen Welt. Ob und wie weit die Produktion im Verhältnis zur Konsumtion zurückgegangen ist, läßt sich bei unferer mangelhaft geführten Produktionsstatistik nicht mit Genauigkeit feststellen. Wir kennen mit einiger Genauigkeit die Produktion von Kohle, Eisen, Getreide, Zucker und noch einigen anderen Roh- und Halbprodukten. Immerhin sind selbst diese Ziffern nur mit Vorsicht zu gebrauchen, da sie vielfach auf interessierten Schätzungen beruhen. Aber die Produktion bemußt nicht immer im gleichen Umfange dieselben Rohprodukte. So ist die Kohle vielfach durch Wasserkräfte und Erdöl ersetzt worden. Man kann also aus dem Rückgang der Kohlenproduktion nicht ohne weiteres auf einen Rückgang der Produktion schließen. Solche Verschiebungen sind nicht allein in der Erzeugung und Verwendung von Roh- und Halbprodukten, sondern auch von Fertigfabrikaten eingetreten. Es sei hier nur an die in voller Entwicklung befindliche Flugzeugfabrikation erinnert. Verschiebungen sind auch in technischer Beziehung eingetreten. Man kann also durch einen Vergleich der erzeugten Mengen gewisser Schlüsselprodukte nicht ohne weiteres auf eine Verminderung der Produktion schließen.

Der Minderverbrauch ist aber mit unfehlbarer Sicherheit nachweisbar. Er läßt sich nachweisen aus der Zahl der Arbeitslosen, die zu keiner Periode der kapitalistischen Gesellschaft einen solchen Umfang angenommen hat. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter der ganzen Welt dürfte mit zwanzig Millionen nicht zu hoch gegriffen sein.

Diese Arbeitslosigkeit war zunächst auf die Siegerstaaten und die Neutralen beschränkt. Man hatte die Deutschen als Gesamtheit zur Zahlung von phantastischen Summen, zu kostenloser Lieferung von Schiffen, Eisenbahnmaterial, Maschinen, Kohlen usw., d. h. zur zwangsweisen Gratisarbeit verurteilt. Diese Schiffe, Eisenbahnmaterial und Maschinen entsprachen durchaus nicht immer einem vorhandenen Bedürfnis, denn sie sind teilweise überhaupt nicht zur Verwendung gekommen und nutzlos verkauft und verkommen. Die doppelte Folge dieser von politisch-militaristischen Machtdiebstählen eingegebenen Verfrachtung eines ganzen Volkes war der Rückgang des Verbrauchs in Deutschland, die Forcierung der Ausfuhr, andererseits das Erscheinen von Gratisware auf

dem Weltmarkt, einer Schmuckkonkurrenz, der die ausgeklügeltsten Schutzmaßnahmen nicht beikommen konnten. Der Minderverbrauch in Deutschland ist etwa praktisch gleichziehen mit dem Verschwinden vom Weltmarkt als Käufer eines Volkes von 30 Millionen. Diese Umstände zusammen liefern die Erklärung für die ungeheure Arbeitslosigkeit in den Ländern der Alliierten und Neutralen. Der Mehrwert, der aus der deutschen Produktion herausgeschunden wurde, wanderte nicht in die Produktion in Form von verbesserten Produktionsmitteln zurück, sondern wurde Beutegut.

Das Verschwinden der Hälfte des deutschen Volkes vom Weltmarkt verbunden mit der den Deutschen aufzuzwingenden Gratisarbeit übte außer auf die Siegerstaaten und die Neutralen auch auf jene Länder eine verheerende Wirkung aus, deren Außenhandel nach Deutschland gravitierte. Das sind vor allem die österröschlichen Nachfolgestaaten und das Gebiet des ehemaligen europäischen Rußland. Damit — ganz abgesehen von den anderen Ursachen — waren auch diese Länder von der Krise erfaßt.

Und dann kam der große Marktsturz. Alles, was nicht Lohn- und Gehaltsempfänger ist, schützte sich gegen die Geldentwertung, indem man zur Dollarrechnung übergang. Dadurch trat eine Art Doppelwährung ein: Steuern und Löhne wurden in Papiermark bezahlt, Waren in Goldmark verkauft. Je tiefer die Mark sank, desto größer wurde der Gewinn.

Mit der durch die steigende Distanz zwischen Dollar und Mark, d. h. zwischen Löhnen und Preisen entstandenen Verdrängung auch vom Innenmarkt der großen Masse der Verbraucher, begann nun auch in Deutschland die Krise an Ausdehnung zuzunehmen. Diese Krise wäre nur vorübergehender Natur, wenn die Kapitalisten Deutschlands statt die aus der Distanz zwischen Mark und Dollar entstandenen Uebergewinne wieder in die Produktion zu deren Verbesserung hineinzustecken und dadurch eine Verbilligung der Produkte herbeizuführen, sie nicht zu Kapitalverwässerungen, zur Waren-, Rohstoff- und Devisenhamisierung, zu Luxusausgaben, zu Kapitalverchiebungen ins Ausland, oder wie Stinnes, zur Vergrößerung ihrer wirtschaftlichen Macht und ihres politischen Einflusses verwendet hätten. Diese Verschwendung der Gewinne ist für die deutsche Volkswirtschaft verhängnisvoll. Während man in Amerika und England an der Verbesserung der Produktionsmethoden arbeitete, gab man sich in Deutschland dem Taumel der Spekulation hin. Die Folgen zeigen sich bereits. Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit in beängstigender Weise zunimmt, beginnt in Amerika eine neue Aufwärtsbewegung im Beschäftigungsgrad der Industrie und geht in England die Arbeitslosigkeit ständig zurück. (Um rund 250 000 im ersten Vierteljahr 1923.)

Die Marktstabilisierung hätte der Anfang eines Gesundungsprozesses sein können, wenn sie von Grund auf in Angriff genommen worden wäre. Als vorübergehende Abwehrmaßnahme gegen die Folgen der Ruhrbesetzung gedacht, hatte sie bisher nur die Wirtschaftskrise verschärft. Steuern und Löhne wurden weiter in Papiermark, Waren in Goldmark berechnet. Man ging weder der Spekulation noch der Hamsterung von Devisen und Sachwerten zu Leibe.

Es bleibt der Arbeiterschaft kein anderes Mittel als das der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, den Produzenten in die Lage zu versetzen, die von ihnen erzeugten Produkte wieder zurückzukaufen. Auf den Schultern der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen sind in den 25 Jahren vor dem Kriege die Arbeitsbedingungen des kaufmännischen und technischen Personals und der freien Berufe gestiegen. Ein neuer Mittelstand entwickelte sich. Der alte Mittelstand, vom Kapitalismus als Produzent immer mehr ausgeschaltet, wurde Lieferant der durch die Gewerkschaftsbewegung aufkräftig gewordenen Lohn- und Gehaltsempfänger. Durch diese Tätigkeit der Gewerkschaften verloren die Wirtschaftskrisen, die in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts katastrophal verliefen, immer mehr an Schärfe. Durch den in die Höhe getriebenen Lohnanteil an den Produkten wurden die Unternehmer gezwungen, die Produktionsmethoden unausgesetzt zu

verbessern. So wurden die Länder mit starken Gewerkschaften auch die Länder mit entwickelter Industrie.

Durch den ständigen Rückgang des Lohnanteils an den Produkten ist es nunmehr in Deutschland nicht allein zu einer beispiellosen Wirtschaftskrise gekommen, unsere Wirtschaft befindet sich in einem beängstigenden Zustand der Verwumpfung. Technisch sind wir von Amerika und England überholt.

Hier hilft kein Appell an die bessere wirtschaftliche Einsicht unserer Kapitalisten. Die kapitalistische Produktion ist nach ihren inneren Gesetzen einzig auf Gewinnmaximierung eingestellt. Sie hat in ihren Anfängen sechsjährige Kinder dazu eingespänt und die Industriebevölkerung degeneriert. Die Arbeiterschaft muß die Kapitalisten zur besseren Einsicht zwingen. Es gilt deshalb die Macht der zehn Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer zu entfalten, um das deutsche Volk vor der Verarmung und Degenerierung zu retten.

Sächsische Krise!

Die Kommunisten brauchen Ablenkung von ihren inneren Differenzen. Mit auffälligem Eifer verkündeten sie vor einiger Zeit eine angebliche Regierungskrise in Thüringen, die durch Verhandlungen der Sozialdemokraten über die Bildung der großen Koalition entstanden sein sollte. Aus dieser Krise wurde nichts. Jetzt muß Sachsen herhalten. Mit allen Mitteln versuchen sie Verwirrung in die Reihen der sächsischen Arbeiterschaft hineinzutragen. Die meisten Organisationen unserer sächsischen Genossen haben es abgelehnt, Abwehrorganisationen gemeinsam mit den Kommunisten zu schaffen, da die sozialistischen Arbeiter nicht daran denken, sich von der klaren Linie sozialistischer Politik durch die Kommunisten ablenken zu lassen. Die KPD hat das in Verhandlungen mit dem Landesauschuß der sächsischen Partei zum Anlaß genommen, diese Haltung unserer Genossen als einen „Bruch der getroffenen Vereinbarung“ zu bezeichnen und sich „völlige politische Handlungsfreiheit“ vorzubehalten. Diese Erklärung haben sie abgegeben, trotzdem unsere Genossen in der weitestgehenden Weise versucht haben, eine gemeinsame Basis zu finden.

Es muß abgewartet werden, wie sich die Dinge in den nächsten Tagen weiter entwickeln. Da die Entscheidungen für diese Haltung der Kommunisten in solchen Fragen von a u ß e r h a l b diktiert werden, kann man noch nicht endgültig feststellen, ob sie wirklich jetzt den Moment für gekommen erachten, die eben erst mit ihrer Zustimmung gebildete sächsische Regierung zu stürzen. Sie müssen schließlich selber wissen, was sie tun wollen. Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, ein solches Verhalten der Kommunisten zu fürchten. Ihre Zersplitterungsversuche werden an dem Willen der sächsischen Arbeiter restlos scheitern.

Der Fall Davidsohn. Ein bürgerliches Urteil.

Die „Berliner Volkszeitung“ beschäftigt sich abschließend mit dem Ergebnis des Beleidigungsprozesses des Genossen Kuttner gegen Davidsohn und kommt dabei zu folgendem Urteil:

Persönliche Vorwürfe gegen einen Mann der Öffentlichkeit, den Redakteur einer der maßgeblichsten deutschen Zeitungen, einen Abgeordneten, werden vom gesamten Volk vernommen, und bricht dann der Wahrheitsbeweis so kläglich zusammen, wie dies am Mittwoch und Donnerstag der Fall war, so ist der Vorwurf der Leichtfertigkeit geradezu milde. Ob ein langgedienter Feldwebel am 10. Januar 1919 anders gehandelt hätte oder nicht, das hat nichts zu tun mit der ungeheuerlichen Beleidigung, einen Parteigenossen ermordet zu haben. Wer so leichtfertig beleidigt, bricht über sich selbst den Stab, und mit Recht erkannte deshalb das Gericht auf die zwar niedrig scheinende, doch höchste zulässige Geldstrafe.

Was Davidsohn allgemein politisch angeht, hat, faßt die „Volkszeitung“ in folgende Worte zusammen:

Zwei Vertreter des neuen Staates, Sozialisten und Republikaner, haben sich jahrelang in Artikeln, Aufrufen und Proklamationen miteinander herumgeschlagen, bis der eine den anderen als Beleidiger brandmarkte und eine Verleumdung niederzwang. Die gewiß verlogene, doch den Empfänger besitzende Verallgemeinerung durch die Herren auf der Rechten haben wir nur allzu oft gehört und gelesen: Da seht ihr die neuen Männer unter sich! Und was ist das Endergebnis? Die ineinander verbissenen Gegner haben sich Zeugnisse ausstellen lassen müssen durch eine Justiz, an der sie sonst — zumeist nicht ohne Grund — dieses und jenes mit harten Worten zu tadeln haben.

So das bürgerlich-republikanische Blatt. Es wäre ein Gewinn, wenn die links von der Sozialdemokratie stehenden Gruppen aus dem Fall Davidsohn lernen würden, wie man politische Kämpfe nicht führen darf.

Die Terroristen gegen den „Terror“.

München, 28. April. (II.) In der gestern abend abgehaltenen Versammlung der Nationalsozialisten im Zirkus Krone teilte der Vorsitzende Weber mit, daß der Ehrenvorsitzende der Partei, Drexler, am Freitag mit einer Eisenstange aus seinem Arbeitsbureau herausgetrieben worden sei und schwer verletzt zu Hause liege. Wenn die Behörden gegen den sozialistischen Terror nicht wirksam vorgehen, müßten die Nationalsozialisten zur Selbsthilfe greifen und es könnte dann leicht sein, daß ihre Gebuld nur noch Stunden dauere. Der Parteiführer Hitler selbst erklärte:

Es müsse nun Schluß sein mit dem sozialistischen Terror. Von jetzt ab werde jede nationalsozialistische Versammlung in München rüchlos mit Waffen geschützt werden. Wenn die Regierung dem sozialistischen Terror machtlos gegenüberstehe, würden die Nationalsozialisten selbst die Betriebsräte mit Leib und Leben faßbar machen.

Die Münchener Maiseier.

München, 28. April. (II.) Nachdem bereits das Organ der Nationalsozialisten die bayerische Regierung aufgefordert hatte, die für den 1. Mai geplanten Demonstrationen zu verbieten, erklärt heute auch die „München-Augsburger Abendzeitung“, daß die bayerische Regierung den Raumzug im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verbieten müsse. Die Marxisten hätten beschlossen, die Stilllegung aller Betriebe von 6 Uhr morgens ab zu fordern und den strengsten Terror gegen jeden Arbeitswilligen anzuwenden. Ein großer Anzug sei im Aussicht genommen und die roten Bänder seien mit Schlagringen, Gummitüppeln und auch mit Pistolen (!) ausgerüstet. Es liege auf der Hand, daß eine solche Herausforderung des Bürgertums zu Zusammenstößen führen muß. Infolgedessen sei die Stellung der bayerischen Regierung ganz klar gegeben.

München, 28. April. (II.) Ähnlich wird mitgeteilt: Nach vorliegenden Meldungen wird an einzelnen Orten in den Betrieben ein harter Terror ausgeübt, um auch die arbeitswilligen Arbeiter am 1. Mai von der Arbeit abzuhalten und zur Teilnahme an den Maiseiern zu nötigen. Die Polizeibehörden sind vom Staatsministerium des Innern angewiesen worden, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitswilligen Schutz zu gewähren und terroristische Maßnahmen zu verhindern.

Diese drei Meldungen der schwerindustriellen Teilunion sprechen so sehr für sich, daß sie eigentlich jeder Ergänzung entbehren können. Bewundernswert ist wohl am meisten die Energie, mit der in der amtlichen Verlautbarung der bayerischen Regierung Schutz gegen den Terror in Aussicht gestellt wird. Das erlaubt sich dieselbe Regierung, die bis heute noch nicht imstande gewesen ist, die Verhaftungen der deutschvölkischen Redakteure durchzuführen. Es scheint so, als ob die bayerischen Nationalisten die Dinge auch der v. Arnim-Regierung gegenüber auf die Spitze treiben wollen und daß Arnim, weil er die bevorstehende Auseinandersetzung herannahen sieht, so reaktionär zu regieren sucht, als es überhaupt nur möglich ist.

Aus der Gesellschaft.

Von Hans Bauer.

Es gibt eine Zeitschrift, die sich im Untertitel „Blatt der guten Gesellschaft“ nennt.

In diesem Blatt der guten Gesellschaft finden sich an hervorragender Stelle regelmäßig Artikel, die „Aus der Gesellschaft“ überschrieben sind.

Da ich die Tatsache, daß ich nicht zur Gesellschaft gehöre und vermutlich auch nie in sie kommen werde, nur mit verbissener Bitterkeit ertrage, bemühe ich mich wenigstens, meine Trauer über meine Unzulänglichkeit durch Kenntnisnahme der Vorgänge in der Gesellschaft zu mildern.

In der Gesellschaft geht dies vor: Dr. Hans Freiherr von Steffens zu Feldafing am Starnberger See hat sich mit Fräulein von Inlander, der Tochter des bayerischen Kammerers und Obersten a. D. Ritter Rudolf von Inlander und der gestorbenen Frau Helene von Inlander, geborenen Frommelt, verlobt. Der Ehe des Viscount Roscelles mit der Prinzessin Mary von Großbritannien und Irland ist ein Sohn entsprossen. Der Tausling wird als George Hubert Henry Roscelles durch das Leben der guten Gesellschaft schreiten. Der Herzog Miguel von Braganza, der eigentlich einmal den portugiesischen Thron hätte besteigen sollen, ist abgelehnt.

Ich verfolge die Artikel und die Bilder, die ihnen beigegeben sind, seit Monaten. Es ist mir nicht entgangen, daß der Rittergutsbesitzer Hünge-Krugsdorf und seine Frau Eva Rosen, Ohren und Augen haben, daß Fräulein Eleonore Pommerente von Swirski einer gewissen Ähnlichkeit mit der Tochter meiner Grünwarenfrau nicht ermangelt und daß Prinz Casar-Beon von Ruthenien auf Schloß Ruthland bei Remel aus einer Husarenkavallerie-Uniform benefit aufgeschicktem Schaurbart besteht, hinter dem ein Kopf lauert.

Es ist alles sehr unpersönlich, was in der Gesellschaft passiert. Sie verlobt sich, heiratet, bekommt Kinder, wird 80 Jahre alt und stirbt. Aber das es nicht allein Menschen auf der Erde unfähig wüchse ist, mit dem sich Fräulein Inlander verlobt und wie der Sprößling des Viscount Roscelles heißt, sondern daß es Zeitgenossen gibt, die so etwas in einem Blatte gedruckt lesen wollen, das eben macht den Wert der Gesellschaft aus.

Was anderwärts plumper Selbstzweck ist, hat bei der Gesellschaft Sinn und Ziel. Was anderwärts einfachen Daseinsbestandteil bildet, avanciert bei der Gesellschaft zum Vorgang. Es geht diesem Deutschland nicht gut.

Aber die tröstliche Gewissheit gibt die Bektüre eines Blattes der guten Gesellschaft, daß es in diesem Deutschland auch noch lange nicht allen schlecht genug geht.

Neues Theater am Zoo: „Der Leibkutscher des Friedericus Rex“. Innerhalb dreier Tage zwei Friedericus Rex-Operetten (Verzweigung, die neueste nennt sich sogar Singpiel!) Ist das nicht zuviel des Guten? Was das „Künstlerische“ betrifft, so hat das Nachwerk vom Theater am Zoo, an dem sogar zwei Komponisten gearbeitet haben, mit Kunst nicht das geringste zu tun. In dieser Beziehung ist die Operette des Wallner-Theaters ein Meisterwerk dagegen. Der Text ist unsäglich dümm und plump. Und die Komponisten können unmöglich ein Konservatorium besucht haben. Den trotz ein oder zwei Schögern trotz alles von selbstgefälligem Dilettantismus. Es gibt aber auch eine andere Seite, die politische, und zwar die innerpolitische. Denn was gewisse Franzosen über diese neueste Wüste denken, kann uns ziemlich gleichgültig sein. Aber gar nicht gleichgültig ist, was ein großer, kostentrich der größte Teil unseres Volkes, der nicht monarchistisch ist, bei diesem agitatorischen Versuche empfindet. Auch darin sind die beiden Operetten die denkbar größten Gegenätze. „Des Königs Nachbarin“ ist so geschickt gemacht, rückt selbst das „Demokratische“ von Fröhens Absolutismus so fern in die richtige Beleuchtung, daß jeder Monarchist hoch befriedigt schmunzeln kann. Bei dem „Leibkutscher des Friedericus Rex“ müßte er dagegen eigentlich mit der Reipetische dazwischenfahren, so trottelhaft ist nicht nur der spätere König Friedrich Wilhelm III., sondern auch Friedrich selbst gezeichnet. Aber o Wunder über die begrabene „Volksfest!“ Die Monarchisten oder vielmehr verbildeten Bedienten des Bestens sind noch viel unheilvoller, bescheidener in ihren Ansprüchen als die des Oseus oder Nordens. Während die Presse in hellen Haufen entflo, erdröhnten drinnen im Saal die Beifallsstößen unentwegt weiter. S. W.

„Die rote Kasse“ im Thalia-Theater. Unter großem Applaus und zahllosen Dapas der Tanznummern startete der neue Schwanz, für dessen Text der sonst in seinem Bonbonenschiff so darmante Schauspieler Eugen Burg und Louis Laustein zeichneten. Die gefällig leichte Ruff hat Karl Hajos der Bühne beigegeben. Im übrigen gab der Theaterzettel nicht nur wie üblich die Tollettenfirma, sondern obendrein auch noch das Schuhhaus an, das für die tanzen den Damen die Schuhe geliefert. Die Post sucht sich durch Heranziehung des Bar- und Schieberlebens einen Einschlag von Tagesaktualität zu geben. Ein im häuslichen Kreise den Hüter von Ordnung und Sitte markierender Regierungsrat hat sich auf Anstiften des Herrn Lieserlein, eines „modernen“ Kulturträgers, der jeden Tag mit einer neuen Gründung feiert, an der Finanzierung eines erstklassigen Repp- und Nachtlokals, „der roten Kasse“, beteiligt. Von einem alten Korpsbruder, nunmehrigen würdigen Professor begleitet, rückt er bei der Eröffnung an und trifft beiseit sehr unvernünftig mit seinen beiden hoffnungsvollen Sprossen, dem Herrn Sohn und Fräulein Tochter, zusammen. Ähnlich geht dem Professor, der hier seinen vielgeliebten Reffen wiederfindet und, einmal losgelassen, mit der erotischen Schloßlängerin, der Hauptattraktion des Lokals, verwegene Tanzluststücke aufführt. Schlußeffekt: Erscheinen der Schupo, die die ganze Bande auf einem Lastauto verhaftet zum Alexanderplatz minimiert. Am nächsten Morgen nach der Heimkehr legt sich der Trubel im Hause des Regierungsrats dann weiter bis zur fälligen Verlobung fort. Die Komik blieb bei allen halsbrecherischen Einfällen mager, die Satire kam über

ein paar gelegentliche Anfälle nicht hinaus. Aber das Publikum schien sich darum nicht weniger zu amüsieren. Neben den Damen Dahms und Hrach trugen in den männlichen Rollen vornehmlich die Herren Arno als tanzender Professor und Karpff-Borhing in der Figur des torpulenten Oberschiebers zum Erlolge bei.

Ein neues Königen-Institut in Leipzig. Mit einem Aufwand von 40 Millionen Mark, die vom sächsischen Staat und von der Stadt Leipzig je zur Hälfte bestritten werden, ist ein neues Königen-Institut im Leipziger Krankenhaus St. Jakob erbaut worden. Wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt, erfolgt die Bestrahlung in Kabinen, die 60 Millimeter starke Schwerpatenwände haben. Fußboden und Decken dieser Räume sind ebenfalls mit Schwerpat isoliert. Die Türen sind mit Walzbleinlage versehen, und die Beobachtungsfenster haben Bleioberglasung. Vor den Kabinen liegt der ebenfalls durch Schwerpat abgewölbte Gang, von dem aus die Schwestern die Kranken beobachten und die Apparate einschalten. Die schädliche Wirkung der Röntgenstrahlen ist auf diese Weise ausgeschaltet.

Der Antschimmel. Die Koblenzer Straßenbahngesellschaft beliefert die Gemeinden des Westerwaldes mit elektrischem Strom und war deshalb vom Finanzamt Koblenz mit 11 180 M. zur Gewerbesteuer veranlagt worden. Dieser Betrag wurde dann vom Finanzamt Koblenz auf die beteiligten Gemeinden umgelegt, d. h. die Gemeinden konnten von dem ihnen übermiesenen Betrag Gemeindesteuer erheben. Auf eine kleine Gemeinde entfiel dabei sage und schreibe eine Steuer von einer Mark. Das Benachrichtigungsschreiben des Finanzamtes mit Zustellungsurkunde kostete aber 280 Mark Porto. Wie man sieht, ist der Antschimmel noch immer in stottem Trab.

Erkennung der Woche. Dienst. Kammerspiele: „Die Verlobung“. Mittwoch. Komische Oper: „Der Gaullerkönig“. Donnerstag. Neues Volkstheater: „Die Fahrt nach Orplid“. Sächsisches Theater: „Die Journalisten“. Sonntag. Renaissance-Theater: „Eher Sobled“.

Uranio-Vorträge. Sonntag, Mont. Dr. Kahler: „Aus der Welt eines Kulturfilms“. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag. Unter Wilden und wilden Tieren“. Freitag, Sonnabend. Kapitan Hubert: „Eine Reise nach Südamerika“.

Vorgeschichte im Staatstheater. Sonntag, den 29. April, nachmittags 11 Uhr, zum Behen der Nahrung: Einmaliges Gastspiel der vereinigten Schauspieler Herne-Reddinghausen mit Leo Weismantel, Lotentanz 1921“.

Opernchronik. In der am Sonntag stattfindenden Aufführung „Rigoletto“ der Großen Volksoper singt: Dimitri Smirnow die Partie des Herzogs. — Im Deutschen Opernhaus gastiert am Sonntag Erna Denera als Aida.

Der Kampf um das Schillertheater. Infolge des Protestes der Schauspieler des Schillertheaters wird der Aufsichtsrat jetzt mit der Kommission der Mitglieder verhandeln. Auch das Charlottenburger Bezirksamt wird sich (am Mittwoch) mit der Zukunft des Theaters beschäftigen.

Der Streit um das Zentraltheater in der Alten Jakobstraße, der zwischen der Eigentümerin, der Deutschen Schauspieler-Gesellschaft, und dem Direktor Koller schwelte, ist nunmehr beigelegt worden. Die Deutsche Schauspieler-Gesellschaft hat den Pachtvertrag anstandslos und den abberufenen Vorstand, Herrn Wictor und Dr. Reich, mit der in ihre Kammer eingezogen.

Die Wohnungsfrage in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben: Das Land Baden mit dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Dr. Engler ist auf dem besten Wege, sich auf dem Gebiete des Wohnungswesens den Namen eines Musterlandes wieder zu verdienen. In Baden wurden bereits im Vorjahre 7695 Wohnungen gegen 5351 im Jahre 1921 und nur 5114 im Jahre 1914 erbaut. Diese Ziffer ist in keinem anderen deutschen Lande erreicht worden. Im Jahre 1922 wurde für 4500 Wohnungen ein Zuschuß gezahlt. Die rege Bautätigkeit in Baden ist unbedingt notwendig, denn in den 16 größten Gemeinden des Landes betrug Ende Dezember des vorigen Jahres die Zahl der Wohnungsuchenden 43 680. Für das ganze Land wurde ein Bedarf von 26 500 Wohnungen festgestellt. Baden ist deshalb mit der Wohnabgabe weit über die vom Reich vorgeschriebene Höhe hinausgegangen.

Das Reichsmietegesetz schreibt vor, daß Land und Gemeinden je das Fünftel der Friedensmiete erheben müssen. In Baden wird die Abgabe nach dem Steuerwert erhoben, wobei 7 Proz. vom Steuerwert gleich der einfachen Friedensmiete gesetzt wurden. Einem entsprechenden Gesetzentwurf über die Erhöhung der Wohnabgabe hat der Landtag Mitte April zugestimmt. Danach beträgt in Baden die Wohnungsabgabe für das Land vom 1. Januar bis 31. März 1923 für den Monat 10 Proz. des Gebäudesteuerwertes, vom 1. April bis 30. Juni 1923 für den Monat 20 Proz., vom 1. Juli 1923 bis 31. März 1924 für den Monat 30 Proz. Es werden somit für das Land und die Gemeinden zusammen 540 Proz., das 77fache der Friedensmiete und das 28fache der Reichshöhe erhoben. Bei Auswirkung des Gesetzes von 30 Proz. pro Monat, wie er vom 1. Juni ab gilt, werden die Reichshöhe um das 28fache überschritten und wird das 103fache der Friedensmiete erhoben.

Es erhebt sich natürlich auch die Frage: Kann das die Gesamtheit und kann das vor allem die Arbeiterschaft tragen? Da ist von dem Haushalt eines verhältnismäßig hoch gelohnten Arbeiters mit einer entsprechenden Mietwohnung auszugehen. Die Berechnung ergibt, daß der Wohnungsaufwand im Februar 1923, umgerechnet in Arbeitsleistung, gegen 1914 auf ungefähr ein Fünftel, gegen Juli 1922 auf ein Drittel bzw. die Hälfte gesunken ist. Es muß eben möglich sein, die Kosten für die Wohnung in das Einkommen einzufaktulieren; unsere Volkswirtschaft muß das tragen.

Ohne den schönen Bauerfolg im letzten Jahre wäre es nicht möglich gewesen, die Vorlage im Landtag durchzubringen. Der Beweis war erbracht, daß bei richtiger Gestaltung der Wohnabgabe gebaut werden kann. Damit ist auch der Weg gewiesen, den wir zur Lösung der Wohnungsfrage gehen müssen. Die Gemeinwirtschaft kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn man ihr das gibt, was sie braucht. Das Arbeitsministerium hat in seiner Vorlage den Nachweis erbracht, daß wir in der Gemeinwirtschaft mit einem Siebentel dessen, was die freie Wirtschaft verlangen würde und müßte, dem Hausbesitzer das zur Verfügung stellen können, was er für Gebäudeunterhaltung, Steuern, Verzinsung usw. benötigt, und daß außerdem noch genügend Geld vorhanden ist für den Wohnungsneubau. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist gleichzeitig für Beschäftigung von Erwerbslosen gesorgt. Nach einer Darstellung des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind in Baden im Baugewerbe einschließlich der Anstreicher, Dachdecker, Glaser, Zimmerleute usw. etwa 27 000 Arbeiter beschäftigt. Man müßte gemäß dem verminderten Grade der Bautätigkeit dann aber mit mindestens 10 000 Arbeitslosen rechnen, die bei einer Arbeitslosigkeit von 6 Monaten der Staat mindestens 5200 Millionen Mark Erwerbslosenfürsorge aufzubringen hätte. Da ist es schon besser, es wird mit diesem Geld gebaut und produktive Arbeit für Staat und Gesellschaft geleistet.

Schutz den Rhein- und Ruhrgefangenen.

Ein Appell an die deutsche Reichsregierung.

Es vergeht nicht ein Tag, wo nicht durch amtlichen Bericht die Kunde über neue Verhaftungen von Arbeiter- und Beamtenvertretern, Betriebsleitern und anderen im Abwehrkampf stehenden Volksgenossen zu uns dringt. Nicht nur die Zeitungen, sondern auch Augenzeugen bekunden, daß der Militarismus an der Ruhr sich erschöpft bemüht, die gemachten „Gefangenen“ nach Elz, Lothringen und dem Saargebiet abzuschleppen, anstatt sie in den deutschen Gefängnissen zu belassen. Darüber sind aber schon Anzeichen vorhanden, die darauf hindeuten, daß sich Frankreich hiermit noch nicht einmal begnügen will, sondern seine Opfer gegen in Gefängnisse und Jugendhäuser im Innern Frankreichs abzuschleppen.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hat darüber eine Denkschrift angefertigt, die dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler sowie den Reichsministern und den preussischen Ministerpräsidenten überreicht wurde. In dieser Schrift wird verlangt: 1. zentrale Erfassung der deutschen Fürsorge durch Schaffung einer Zentralfürsorge, da der jetzige Zustand, daß jedes einzelne Ministerium für die Betreuung seiner Beamten und Arbeiter zu sorgen hat, ein unhaltbarer geworden ist; 2. Aufstellung einer Liste derjenigen Männer des Rhein- und Ruhrgebiets, die verhaftet wurden und in französischer Hand oder als vermisst gemeldet sind; 3. Feststellung durch eine zentrale Schulmacht, wo diese Leute inhaftiert gehalten werden; 4. Nachprüfung ihrer Behandlung, und 5. Druck auf die französische Regierung durch die Schulmacht, falls dabei Unmenslichkeiten vorgekommen sind, diese sofort zu beseitigen.

Die Bundesleitung hofft mit ihren Vorschlägen bei der Regierung Gehör zu finden, damit eine menschliche Behandlung der Gefangenen gewährleistet ist. Sofortige Hilfe stärkt den Abwehrgeist und gibt den Rhein- und Ruhrkämpfern die Gewißheit, daß sie nie, auch nicht während einer eventuell noch härteren Gefangenschaft von ihren Volksgenossen und der deutschen Regierung verlassen sind.

Knüppel-Kunze für die Republik.

Herr Richard Kunze hat der Telunion eine Berichtigung überkandt, in der folgende Stelle von Interesse ist:

„Ich habe vielmehr erklärt, daß zwischen der Deutschsozialen Partei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei keinerlei Verbindung besteht, da uns wirtschaftliche und politische Unterschiede trennen. Die Deutschsozialen Partei anerkennt die Republik, während in der Deutschvölkischen Freiheitspartei auch stark monarchistische Strömungen vorhanden sind.“

Danach hätte die Republik an Kunze also eine moralische Erberbung gemacht. Worauf sie nicht wenig stolz sein kann. Sehr erbschütternd über diese Haltung Kunzes die „Deutsche Tageszeitung“, die höchst charakteristischweise an diese Meldung folgende Bemerkung anknüpft:

Wenn Kunze Wert darauf legt, sich als Republikaner von der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu distanzieren, so dürfte doch Aufklärung über die Mitteilung in den Leipziger Prozeßberichten geboten sein, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei Herrn Kunze ein Mandat zugesichert habe.

Verbot der Mafceier in Mailand.

Rom, 26. April. (E.) Die Angehörigen der Mailänder Arbeitskammer wurden davon verständigt, daß am 1. Mai keinerlei Kundgebungen gebildet werden dürfen.

Regierungswahltag in Spanien. In die Kammer sind bisher gewählt: Ministerielle 85, Konservative 88, Republikaner 4, Sozialisten 1, Anhänger von Maura 8, kleinere Parteien 12.

Folgen des Mieterstreiks.

Solange die Idee des Mietzählstreiks einen Teil der Berliner Bevölkerung in Atem hielt, hat man sich nicht die Bedeutung des Untergrundes mit anderen Streiks klargemacht. Ein gewerkschaftlicher Streik hebt für seine Zeitdauer die gegenseitigen Leistungen auf, soweit nicht mit Abschluß des Streiks eine Zahlungsregelung vereinbart wird. Der Mieterstreik dagegen befreit niemals von den eingegangenen Zahlungsverpflichtungen, unterbricht nur ihre zeitliche Wirksamkeit.

Dieses Thema behandelte gestern in einer starkbesuchten Mitgliederversammlung des dem Deutschen Mieterbunde angeschlossenen Mietervereins Treptow-Baumgartenweg Redakteur Paul Cimer, indem er besonders darauf hinwies, daß Mieter, die wegen Zahlungsverweigerung verklagt werden, von vornherein der Verurteilung sicher seien. Jeder deutsche Richter tut mit der Verurteilung nur seine Pflicht. Anders ist in ihrer praktischen Auswirkung die neben dem Urteil einherlaufende Erklärung der vorläufigen Vollstreckbarkeit zu beurteilen. Die Vollstreckbarkeit ist das Druckmittel, die Zahlung zu erzwingen. Ein Mietzählstreik kann also nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn er einen so gewaltigen Umfang annimmt, daß die Machtmittel des Staates, Zahlung zu erzwingen, nicht mehr ausreichen. Der Optimismus, daß in den am 1. März ausgebrochenen und am 1. April fortgesetzten Mietstreik allerweiteste Mieterstreik mit hineingerissen werden, hat sich bis jetzt nicht erfüllt, obwohl feststeht, daß auch recht zahlreiche nicht organisierte Mieter sich am Streik beteiligten. Wer hat gestreikt? Außer denen, die zahlen konnten und in Abwehr des Zahlungsverweigerers nicht zahlten, waren es hauptsächlich solche nur wenig bemittelte Mieter, denen die Mietzahlung nach heutigem Modus beim besten Willen außerordentlich schwer fällt. Diese Zahlungsschwachen, die alles auf eine Karte setzen, werden die bedauernswerten Opfer eines Teilstreiks sein, der ohne große Ausdehnung nie gelingen kann. Die Streikführer im Berliner Osten und Norden haben zwar die Fortsetzung des Streiks beschlossen, geben aber im selben Atemzuge zu, daß große Teile der Streikenden abgesplittert sind und die zu Tausenden entstandenen Zahlungsprozesse sämtlich mit Verurteilung enden müssen. Sie wenden mit juristischen „Wädhchen“ die Verschleppungstaktik an, ohne zu bedenken, daß mit Wädhchen noch kein Streik gewonnen ist und durch Verschleppung zusammen mit den hohen Gerichtskosten eine Summe aufzulaufen wird, deren Rückstand für die Zahlungsschwachen erst recht verhängnisvoll werden kann. Es sei natürlich leicht, die Schuld denen in die Schuhe zu schieben, die sich am Streik nicht beteiligten. Das entschuldigt aber nicht die Unvorsichtigkeit, einen Teilstreik zu beginnen, wenn man wissen mußte, daß man die Massen der Mieter gegenwärtig noch nicht hinter sich hat. Die Streikfrage als schärfste Waffe im Wirtschaftskampf ist gewiß auch für die Mieter ungemein wichtig und muß latent bleiben, um im richtigen Augenblick mit allen Kräften zum Durchbruch zu kommen, zumal die Hausbesitzerorganisationen mit ihren Forderungen in das Groteske gehen, aber sie darf nicht Mittel zum Zweck unfruchtbarer Experimente werden. Viel wichtiger als solches Experimentieren wäre der Versuch, einen gefahrlos gangbaren Weg zum Staffelmietensystem zu entdecken. Mit der Möglichkeit, die Schwer- und Vielverdiener als Mieter zugunsten der Zahlungsschwachen zu belassen, werde der Mieterbewegung manches von ihrer berechtigten Schärfe genommen werden. Mit Nachdruck betonte der Referent die absolut parteipolitische Haltung der Mieterbewegung in dem jetzt acht Millionen umfassenden Deutschen Mieterbund. Die verflochtenen Mieterzentrale habe gerade wegen ihres politischen Einschlags kläglich Mißfolge gemacht. Der rein volkswirtschaftliche Charakter müsse der Mieterbewegung bewahrt bleiben, ohne daß man deshalb der Beihilfe durch volkfreundliche Parteien aus dem Wege zu gehen braucht.

Der Verkehr am 1. Mai.

Der 1. Mai wird diesmal im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren im Zeichen völliger Verkehrsruhe stehen. Die Straßenbahnen haben nun endgültig beschlossen, nicht zu fahren und auch die Angestellten der Omnibusgesellschaft werden die Arbeit ruhen lassen. Da die Maschinen und Heizer den 1. Mai ebenfalls festlich begehen werden, ist es sehr fraglich, ob die Hochbahn, die einen Notverkehr durchzuführen wollte, fahren wird. Eine Nachversammlung der Hochbahner wird sich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen. Der Stadtbahnverkehr wird aller Wahrscheinlichkeit nach aufrechterhalten werden; an eine Einschränkung des Fernverkehrs ist von vornherein nicht gedacht worden.

„Das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein!“

Früher lachte man, wenn eine Behörde einem Seher nachjagte und dabei das Vielesache dieses Betrages für Papier, Porto, Arbeit usw. aufwendete. Da heute zwar nicht die Löhne und Gehälter, aber die meisten Warenpreise 200mal so hoch wie in der Zeit vor dem Kriege sind, so spielt jetzt ein hundertmal mehr die Rolle des früheren Sehers. Verzicht aber öffentliche Kassen etwa auf Eintreibung von Beiträgen unter 100 M? Nein, selbst bei sehr viel geringeren Beträgen halten sie mit unentwegter Gewissenhaftigkeit daran fest, daß keinem Schuldner etwas geschenkt werden darf. Proben dieses Verfahrens, bei dem die Behörden mit Verlust abschließen, werden uns immer wieder gemeldet. Im Verwaltungsbezirk 18 (Weißensee) wurde der Eigentümer eines unbewohnten Grundstücks, dessen gemeiner Wert auf 6000 M. geschätzt war, zu einem Grundsteuer-Nachtrag von 60 M. veranlagt. Die Mitteilung mußte ihm, der in Berlin wohnt, durch die Post übersandt werden. Das Bezirksamt hatte dafür 160 M. Porto aufzuwenden, so daß eine Mehrausgabe von 100 M. entstand. Dazu kommen die Kosten des gedruckten Benachrichtigungsformulars und der auf die ganze Sache verwandten Arbeiten des Bureaupersonals. Auch der Eigentümer des beschriebenen Grundstücks hatte noch erhebliche Kosten, als er die 60 M. bezahlte. Er fuhr zur Steuerklasse 18 B in Hohenschönhausen, was heute bekanntlich kein billiges Vergnügen ist. Ein anderer Fall wird uns aus Neukölln gemeldet. Dort hatte ein Mann, der zur Teilnahme an einer Schöffengerichtssitzung herangezogen worden war, irrtümlich 120 M. Entschädigung zuviel erhalten. Das Kammergericht ordnete die Wiedereinzahlung an, und das Amtsgericht übersandte ihm dann durch einen Boten die schriftliche Aufforderung, er möge die 120 M. bereithalten, da sie in den nächsten Tagen der Einfachheit halber abgeholt werden sollten. Wieviel Kosten werden dem Gericht aus dieser Geldwiederholung entstanden sein? Die von so und soviel Beamten darauf verwendete Arbeit hat wahrscheinlich einen Wert, der ein Vielfaches der glücklich wieder hereingeholten 120 M. ist.

Verhaftung von Einbrecherbanden.

Eine überraschende Aufklärung hat ein dreifacher Einbruch gefunden, der vor längerer Zeit in der Schönhauser Straße stattfand. Dort fuhr eines Morgens vor einem Möbllager eine große Kolonne vor, schloß auf und lud vor den Augen vieler Passanten eine ganze kostbare Wohnungseinrichtung auf. Erst später erfuhr die Leute, daß Einbrecher in ungewöhnlich dreifacher Art gearbeitet hatten.

Es ist der Kriminalpolizei jezt gelungen, den Einbruch aufzuklären und zwölf Mann als Täter und Hehler hinter Schloss und Riegel zu bringen. Einer der Hauptverdächtige, ein gewisser Otto Meijer, stürzte sich, als er sich überführt sah, im Untersuchungsgefängnis von der Treppe und starb bald darauf an seinen schweren Verletzungen. Sein Haupthehler, ein gewisser Bommereute aus der Gröbnowstraße ist noch flüchtig. Die beiden Einbrecher fanden mit einem Kaufmann Heilmann

in Verbindung, der ihnen alles abnahm und an einen Gastier in der Kopenhagener Straße lieferte, der mit den Sachen einen schwebelhaften Handel nach dem Auslande betrieb. Er hat damit sehr gute Geschäfte gemacht. Der Gastier kam, wie festgestellt wurde, mit 600 M. nach Berlin, um einen Produktenthandel zu betreiben. Nach den bisherigen Ermittlungen hat er jetzt Bankdepots von etwa 20 Millionen.

Der Schrecken von Tempelhof war eine Einbrecherbande, die jezt von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. Die zehnköpfige Kolonne ging mit der größten Dreistigkeit zu Werke und stahl von den Schulen und anderen Gebäuden die Kupferstücke der Bedachung, die Regengossen usw. und aus Fabriken Fahrräder, Rohmaterial, Werkzeuge der verschiedensten Art. Das Treiben begann im Januar d. J. und dehnte sich von Tempelhof auch auf Mariendorf aus. Eine Spur führte die Kriminalpolizei nach der Laubentkolonie in der Kilostraße. Nach längeren Beobachtungen wurde eine ganze Bande, an deren Spitze ein gewisser Frank stand, nebst ihren drei Hehlern festgenommen, als sie sich wieder einmal zu einer Abrechnung in einem Lokal versammelt hatte. Erst nach hartnäckigem Weigern räumten die Verhafteten ihr Treiben ein.

Das Werkzeug einer Diebin.

2 Millionen Mark von einem Kinde erpreßt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich mit einem außergewöhnlichen Fall des Diebstahls und der fortgesetzten Erpressung zu beschäftigen. Angeklagt war die Hausangestellte Erna Behrendt, die beschuldigt wird, die 13jährige Tochter Nora ihres Dienstherrn zu umfangreichen Diebstählen durch Drohungen angestiftet zu haben. Der Fall hat in der Öffentlichkeit seinerzeit großes Aufsehen erregt.

Erna Behrendt war am 10. September vorigen Jahres aus Sonnenburg nach Berlin gekommen und hatte bei dem Bäckermeister L. Stellung gefunden. Obwohl sie nur bis zum 15. Oktober in diesem Dienst war, hat sie es verstanden, das 13jährige Kind dazu zu verleiten, ihren Eltern Geld im Werte von über 2 Millionen Mark zu entwenden. Die 20jährige Angeklagte gab an, daß sie in Berlin sofort ein Verhältnis mit einem Elektromonteur gehabt habe, den sie schon von ihrer Heimat her kannte. Da dieser arbeitslos war, habe sie bei ihren häufigen Auszügen für ihn mitbezahlen müssen. Die Nora L. habe ihr eines Tages gesagt, daß sie sich Schuhe mit hohen Absätzen wünsche, daß ihr Vater sie ihr aber nicht kaufen wolle. Deshalb werde sie die Schuhe selbst kaufen und sagen, sie hätte sie, wie ihre neuen Lederschuhe, gefunden. Nora habe ihr, der Angeklagten, 3000 Mark zum Schubeinkauf gegeben. Dieses Geld habe das Mädchen ihren Eltern entwendet. Die Angeklagte gibt zu, daß sie diese 3000 Mark mit ihrem Bräutigam durchgebracht habe. Nora wolle nun aber durchaus die Lederschuhe haben, beschaffte sich den Schlüssel zur Kasse und nahm nun 6000 Mark heraus, die sie wiederum der Behrendt anvertraute. Die Angeklagte ging nun am 15. Oktober fort, angeblich um die Schuhe zu kaufen. Statt dessen ging sie aber, nachdem sie auch noch der Familie gehörende Sachen mitgenommen hatte, mit ihrem Bräutigam auf den Bummel und kehrte nicht mehr zurück. Im Anschluß daran verübte sie an dem Kinde eine Reihe von Erpressungen, durch die sie sich nach und nach eine Kasse mit 800 000 M., eine zweite Kasse mit 240 000 M., drei goldene Uhren, Ketten, silberne Teller, mehrere Goldstücke und Silbergeld, außerdem 60 bis 80 Tausendmarkstücke erbeutete. Das Gericht beurteilte die Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Diebstahls und fortgesetzter Erpressung zu 18 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft sowie zu 5 Jahren Ehrverlust. Im Urteil wurde betont, daß es schwierig gewesen sei, ein der Tat entsprechendes Urteil zu finden. Ein großer Teil der Schuld falle auf Nora L., gegen die mangels Strafantrags der Eltern ein Verfahren nicht eingeleitet werden konnte. Der Angeklagten sei die Tat sehr leicht gemacht worden. Auf der anderen Seite sei zu berücksichtigen, daß die Angeklagte in rücksichtsloser Weise auf das Kind eingewirkt habe.

Der neue Berliner Etat

wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag vom Kammerer eingebracht werden. Die erste Besetzung wird in einer Woche darauf mit eingehenden Reden der Vertreter aller Fraktionen beginnen und voraussichtlich zwei Sitzungen anfallen. Der Etat selbst muß bis Ende Juni verabschiedet sein. Der Magistrat beschäftigt sich in drei außerordentlichen Sitzungen dieser Tage mit seiner Erledigung. Die Etatsübersicht mit den Ansätzen der einzelnen Kapitel, der Heberbesitz und Einnahme und Ausgabe konnte deshalb der Stadtverordnetenversammlung noch nicht zugestellt werden. Auf der Tagesordnung der gleichen Stadtverordnetenversammlung stehen u. a. die Vorträge über Verlagerung der Kohlenkasseler, Weiterhebung der sozialen Abgabe von den Werken und Beschaffung der Mittel für die Fortsetzung des Baues der Nordbahn. Die Stadtverordneten Heimann und Genossen, Müller-Franken und Genossen, Lange und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, beim Landtag dahin vorstellig zu werden, daß die Beratung über die Abänderung des Groß-Berliner Gesetzes vom 20. April 1920 bis auf weiteres verlagert wird, damit Erfahrungen mit der Reorganisation der Groß-Berliner Verwaltung vorliegen, die die städtischen Körperschaften selbst auf Grund der Arbeiten einer jetzt tagenden gemischten Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten vornehmen werden. Insbesondere muß das Gebiet und die Finanz- und Steuerhoheit der Einheitsgemeinde unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben.“

Dieser Antrag ist deswegen besonders aktuell, weil der Landtagsausschuß seine Beratungen bis zum 1. Mai verlagert hat, um die Gutachten der Bezirksbürgermeister einzufordern. In der Stadtverordnetenversammlung ist damit zu rechnen, daß dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird.

Verstirbt ist am 27. April um die Mittagszeit die geistesgestörte, stumme, 28jährige Frida Weber aus der Wühlischstraße in Lichtenberg. Die Verstirbende war mit einem braunen Mantel, schwarzem Samtbaret mit Kaninchenfell besetzt, schwarzen Lederhandschuhen und schwarzen, wollenen Strümpfen bekleidet. Zweckdienliche Mitteilungen werden erbeten an Familie Weber, Lichtenberg, Wühlischstr. 2.

Das Volksbildungsamt Kreuzberg hatte zu Freitagabend nach der Neuen Welt eingeladen, wo Verdis „Requiem“ zur Auführung gelangte. Mitwirkende waren der Berliner Volksschor, Heria Stolzenberg, Emma Bilmars-Hansen, Paul Bauer, Professor Albert Fischer, sowie das verstärkte Berliner Symphonie- (Bläser-)Orchester unter Dr. Jander vom Volksschor. Chor, Solisten und Orchester gaben mustergültiges im Zusammenspiel. Auch die schwierigen Partien wurden vom Chor meisterhaft zum Vortrag gebracht und müssen als Ergebnis erstklassigen künstlerischen Strebens erwünscht werden. Der vollbesetzte große Saal und der reiche Beifall waren ein Beweis, daß das Volksbildungsamt Kreuzberg sich auf richtigem Wege befindet.

Zudemarktbelleterung im Monat Mai. Die Zukerkontrolle für Groß-Berlin weist uns mit, daß im Monat Mai die Markenabschnitte Mai 1923 A und B mit je einem Pfund Mundzucker belleteriert werden.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Berlin, G. B. Am Sonntag, den 29. April, findet in Heinersdorf eine gemeinnützige Liedung der Heinersdorfer freiwilligen Feuerwehr mit der Arbeiter-Samariter-Kolonne Weihensee statt. Treffpunkt 9 Uhr vormittags am Feuerwehrgebäude.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Anfangs zeitweise heiter, am Tage etwas milder bei ziemlich hüligen weichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung und leichte Regengüsse.

